

Bündnis Frankfurt für Frauen*rechte

c/o Beatrix Baumann
Oppenheimer Str. 17
60594 Frankfurt/M.



Newsletter 6

05.03.2019

Große Erfolge – noch nicht am Ziel

Fundamentalistische Abtreibungsgegner drangsalieren wieder Frauen auf dem Weg zur Beratung bei pro familia. Unser Kampf geht weiter – mit neuen Aktionen!

Liebe Unterstützer*innen des Bündnisses Frankfurt für Frauenrechte,

am 26.02.2019 haben wir **ein Jahr Bündnis Frankfurt für Frauenrechte** mit einer Pressekonferenz gewürdigt. Unsere Aktionen und Anträge haben sich gelohnt:

- **Unsere Forderungen wurden in den Koalitionsvertrag der neuen hessischen Landesregierung übernommen** (Seite 33 unten): *„Frauen in einer Schwangerschaftskonfliktsituation brauchen Rat und Unterstützung statt Diskriminierung und Drangsalierung. Ihnen muss ein unbedrängter, diskriminierungsfreier und unbeeinflusster Zugang zur Beratung offenstehen. Auch beratende Ärztinnen und Ärzte sowie Institutionen dürfen nicht gegängelt werden. Wir werden deshalb die rechtlichen Möglichkeiten prüfen, um diesen diskriminierungsfreien Zugang zu gewährleisten und dabei auch einen Schutz vor Demonstrationen im Umkreis von 150 Metern um die Beratungsstellen einbeziehen.“*
- **Es ist gelungen, der Dauerbelagerung von pro familia und der Drangsalierung ratsuchender Frauen durch fanatische Abtreibungsgegner die längst überfällige Aufmerksamkeit und bundesweite Öffentlichkeit zu verschaffen.** Wir konnten deutlich machen, dass die Abtreibungsgegner Teil einer neuen rechten Bewegung sind, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Frauenrechte insgesamt, aber insbesondere das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung abzuschaffen und ein gesellschaftliches Rollback zu befördern. Auf der Straße, in den Medien, im Stadtparlament und im Landtagswahlkampf waren wir präsent und haben gekämpft. Mit täglichen Gegenkundgebungen an fast 80 Tagen im vergangenen Jahr, mit Demonstrationen, Kundgebungen, Flashmobs, Anfragen und Debatten im Stadtparlament, mit Wahlprüfsteinen für die Landtagswahl und einer Solidaritätsparty haben wir die öffentliche Aufmerksamkeit befeuert.
- Wir haben innerhalb von kürzester Zeit **ein breites Unterstützer*innenbündnis** mit zahlreichen Organisationen und Institutionen, mit namhaften Persönlichkeiten und mit über tausend Bürger*innen hinter unserer Forderung nach freiem, unbeeinträchtigtem Zugang zu Beratung und einer Schutzzone von 150 Meter um Beratungsstellen versammeln können.
- Die Resonanz auf unsere Demo-Aufrufe war hervorragend und **wir erreichen Tausende über diesen Newsletter und soziale Medien.**

Wir haben also viel erreicht - und kämpfen mit neuen Aktionen weiter gegen die fortgesetzten Drangsalierungen von Frauen auf dem Weg zur Beratung und gegen die Kriminalisierung des Trägers.

Wie geht es weiter?

- Es werden **ab dem 6. März 2019 wieder 40 Tage lang fanatische Abtreibungsgegner*innen vor der pro familia Beratungsstelle** in der Palmengartenstraße **ratsuchende Frauen drangsaliieren**.
- In Absprache mit den Mitarbeiter*innen von pro familia **wird das Bündnis Frankfurt für Frauenrechte zunächst auf tägliche Gegenkundgebungen verzichten**. Wir greifen jetzt zu anderen Widerstandsformen und anderen öffentlichkeitswirksamen Aktionen – siehe unten.
- Auf dem Platz vor der pro familia werden **täglich einige Aktivist*innen auftreten**, die uns schon im Frühjahr und Herbst 2018 mit ihren künstlerischen Darbietungen unterstützt haben. Weil sie ihre Aktionen frühzeitig angemeldet haben, steht ihnen das Recht der Erstanmelder*innen, also die Wahl des besten Platzes zu – und die Abtreibungsgegner*innen werden sich wie im Herbst wieder etwas weiter entfernt von der pro familia Eingangstür aufstellen müssen. **Das ist gut, doch ...**
- **... das Agieren der Frankfurter Ordnungsbehörde ist für uns nach wie vor inakzeptabel**. Diese räumt den Persönlichkeitsrechten der Frauen, die eine Schwangerenkonfliktberatung aufsuchen müssen, gegenüber dem Versammlungsrecht nur eine untergeordnete Stellung zu. Auflagen werden nur mutlos und völlig unzureichend erteilt, obwohl es ein breites Votum der Stadtverordnetenversammlung hierfür gibt. Es kann nicht sein, dass Abtreibungsgegner*innen nur deshalb weiter weg vom Eingang zur pro familia platziert werden, weil aus der Zivilgesellschaft heraus frühzeitig Gegenkundgebungen organisiert wurden. Wir fordern eine Schutzzone von 150 Metern rund um Beratungsstellen, die den freien und unbeeinträchtigten Zugang zu Beratung ein für alle Mal sichert.
- Wir wollen die neue Landesregierung bei der Umsetzung ihres im Koalitionsvertrag erklärten Ziels eines diskriminierungsfreien Zugangs zu Beratung unterstützen: **Frauenrechte = Grundrechte** – unter diesem Titel laden wir ein zu einem **Expertinnenpodium mit offener Diskussion** am **Mittwoch, 20. März, 19 Uhr**, Evang. Akademie, Römerberg 9, Frankfurt/M.
Wie können die Persönlichkeitsrechte von Frauen geschützt werden, ohne das Versammlungsrecht zu beschädigen? Die rechtliche Spielräume, aber auch die Situation betroffener Frauen und der Beratungsstellen sollen ausgelotet werden. Das Podium ist exzellent besetzt mit
 - **Prof. Dr. Ulrike Lembke** (Öffentliches Recht + Geschlechterstudien, Humboldt Universität Berlin)
 - **Noreen von Schwanenflug** (Deutscher Juristinnenbund, Vorsitzende LV Hessen)
 - **Marie Anais Zottnick** (Tiefenpsychologische Psychotherapeutin, Institut für Traumabearbeitung)
 - **Brigitte Ott** (Geschäftsführerin Landesverband pro familia Hessen)
- Zum **Demonstrieren für einen freien, unbeeinträchtigten Zugang zu Beratung** gibt es auch Gelegenheit. Für **Dienstag, den 02. April** werden wir **ab 17:30 Uhr** mitten in der Innenstadt, **an der Hauptwache**, einen Flashmob organisieren – alle sind eingeladen, dort für Frauenrechte einzutreten.
- Denn es macht uns auch fassungslos und wütend, dass sich der Bundesgesundheitsminister mit 5 Millionen Euro für eine Studie ausstatten lässt, in der die psychischen Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen erforscht werden sollen. Als gäbe es dazu nicht längst schon Ergebnisse. Für uns ist klar, welche Zielsetzung die Studie gerade jetzt verfolgt: die Verschärfung der Zwangsberatung und des § 218 StGB insgesamt. Solchen Bestrebungen werden wir uns ebenso entgegenstellen wie fundamentalistischen Abtreibungsgegnern.

Frankfurt ist stark für Frauenrechte! Wir freuen uns auf euch – kommt alle und bringt noch mehr mit!

Herzliche Grüße

Beatrix

Beatrix Baumann

Sprecherin Bündnis Frankfurt für Frauenrechte

Oppenheimer Str. 17, 60594 Frankfurt/M.

kontakt@frauenrechteffm.de

www.frauenrechteffm.de